



Bundesverband BI gegen SuedLink | Nelkenstr. 7 | 36041 FD

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Herrn Bundesminister Peter Altmaier
Scharnhorststr. 34-37
10115 Berlin

Fulda, 2018-09-11

Gesprächstermin für Bürgerinitiativen am 17.09.2018 in Berlin zum Thema Netzausbau

Sehr geehrter Herr Minister Altmaier,

"Ich verspreche Ihnen: Wenn ich ein halbes Jahr im Amt bin, werde ich jede problematische Leitung persönlich kennen und besucht haben". Dieses Zitat von Ihnen und das anberaumte „Gespräch zum Netzausbau“ für Bürgerinitiativen am 17.09.2018 in Berlin, sind für uns Anlass die Vorgehensweise Ihres Ministeriums zum Thema kritisch zu hinterfragen.

Den viel zitierten Bürgerdialog zum Netzausbau hat es noch nie gegeben, denn nahezu alle Veranstaltungen unter der Federführung von Dr. Ahmels (Bürgerdialog Stromnetz) und alle Informationsveranstaltungen der Bundesnetzagentur bzw. der Übertragungsnetzbetreiber hatten lediglich das Ziel, die Akzeptanz für die großen HGÜ-Leitungen zu steigern. Die Energiewende dient dabei lediglich als Aufhänger und wird zur „Bauernfängerei“ missbraucht.

Natürlich wurde eine freie Meinungsäußerung immer geduldet, aber eine mögliche Einflussnahme auf den Netzausbau durch Berücksichtigung regionaler Bürgerinteressen war nie beabsichtigt. Auch wenn vor Ort Verständnis für die Bedenken der betroffenen Bevölkerung suggeriert wurde, immerhin ist die Bürgerbeteiligung an Planungsverfahren gesetzlich verankert, der Stromleitungsbau wird unvermindert vorangetrieben.

Das Mantra über den angeblich notwendigen Transport von Windstrom in den energiearmen Süden Deutschlands war zugegebenermaßen ein wirksamer Schachzug. Das Eingeständnis, dass die großen Überlandleitungen in erster Linie dem grenzüberschreitenden Stromhandel und somit den Großkonzernen dienen sollen, ließ sich nicht annähernd so gut verkaufen. Über den Energietransfer von Süden nach Norden wird daher in der öffentlichen Diskussion geflissentlich geschwiegen. Die Tatsache, dass Deutschland als Transitland für Europas (bzw. ein weltweites) Stromverbundnetz eine zentrale Rolle spielen soll, könnte ebenfalls unliebsame Fragen aufwerfen – nicht zu vergessen die weiteren Kohle- und Atomstromlieferungen aus dem benachbarten Ausland.



Unser Stromnetz ist mit nur 13 Minuten netzbedingtem Ausfall im Jahr, eines der sichersten der Welt. Dass die Instandhaltung und Erneuerung der Stromleitungen dabei über Jahrzehnte vernachlässigt wurde, zeigt sich im Monitoringbericht der Bundesnetzagentur und ist mit Verlaub nicht ursächlich der Energiewende geschuldet. Gesteckte Netzausbauziele wurden noch nie erreicht. Durch die Energiewende hingegen beflügelt, soll das Stromnetz nun endgültig an die mögliche (konventionelle und regenerative) Erzeugung angepasst werden, nicht an den tatsächlichen Stromverbrauch. Der eigentliche Auftrag der Versorgungssicherheit tritt in den Hintergrund. Zu verlockend sind die Aussichten auf einen freien Energietransfer, grenzüberschreitend, uneingeschränkt und nach wie vor auch schmutzig! HGÜ-Leitungen, als PCI von der EU mitfinanziert, kurbeln das Stromhandelsgeschäft an und füllen die Kassen von Energiekonzernen und Übertragungsnetzbetreibern. Regenerativ erzeugter Strom wird zu 97% regional über das Verteilnetz transportiert, hier findet die Energiewende statt.

Doch gleichzeitig aufgrund angeblich fehlender Übertragungsleitungen die Angst vor explodierenden Energiekosten, Versorgungsengpässen und Blackouts zu schüren, ist an Unverschämtheit beinahe nicht zu überbieten. Und dies vor dem Hintergrund, dass private Haushalte und mittelständische Unternehmen in Deutschland bereits jetzt mit den höchsten Strompreisen in Europa belastet sind. Die Steuer- und Abgabenlast liegt bereits heute bei über 54% und ist im Vergleich zu anderen europäischen Staaten beispiellos.

Die EEG Umlage wurde schon von Ihrem Amtsvorgänger Sigmar Gabriel gerne als Preistreiber verteufelt, während man gleichzeitig zahlreichen Industrieunternehmen allein im letzten Jahr ca. 4,8 Milliarden Euro an EEG-Rabatten auf Kosten der Haushaltskunden gewährte. Ebenso wird gerne die Tatsache verschwiegen, dass ein gut gefülltes milliardenschweres EEG-Konto einzig zur Folge hat, dass eine immer größer werdende Zahl an Unternehmen das Privileg der Abgabenbefreiung in Anspruch nehmen kann. Eine Entlastung privater Stromkunden ist nicht vorgesehen. Während die Kosten für erneuerbare Energien transparent auf der Stromrechnung sichtbar sind, werden Atomdeals und Kohlesubventionen im Bundeshaushalt verschleiert.

Also stellt sich die Frage, warum man einerseits einen Netzausbau vorantreiben will, der eine erneute große finanzielle Belastung für die Allgemeinheit darstellt, andererseits aber den Ausbau regenerativer Erzeugungsstrukturen durch gesetzliche Maßnahmen konterkariert. Welche Rolle spielt dabei ein Wirtschaftsminister, der von großen Energiekonzernen, Netzbetreibern und Lobbyverbänden in all seinen Handlungsfeldern getrieben wird? Wenn aber regionalen Energiewendekonzepten und engagierten Bürgergenossenschaften die Existenzgrundlage durch Streichen von Fördergeldern entzogen wird, können die international verbindlichen Klimaziele nicht erreicht werden. Auch die Kopplung der Sektoren Strom-Wärme-Verkehr unter Berücksichtigung bereits marktreifer Technologien wie PtG, wird nicht ausreichend und zielführend verfolgt.

Wer sich also vor die Pressemikrophone dieser Welt stellt und großmundig den Stromleitungsausbau zur Chefsache erklärt, muss sich den dringenden Fragen der Betroffenen stellen. In Anbetracht der Landtagswahlen in Bayern und Hessen reicht es nicht, den Bürgerinitiativen zu raten, endlich den Widerstand gegen den Netzausbau aufzugeben. Durch



Verbreitung von Halbwahrheiten und gezielter Irreführung der Bevölkerung, werden sich die Gemüter der Menschen in den betroffenen Regionen nicht beruhigen.

Anstatt eine ehrliche Diskussion mit allen Beteiligten darüber zu führen, wie Energiewende tatsächlich gelingen kann, verschließt man sich seitens Ihres Ministeriums anscheinend auch den zahlreichen Expertenmeinungen, die sich kritisch zum Stromnetzausbau äußern. Alternative Lösungsansätze werden ebenso missachtet, wie die Beanstandung durch den Bundesrechnungshof bzgl. der bisherigen energiepolitischen Maßnahmen für Klimaschutz. Fördergelder werden wissentlich verschwendet, da nach dem Auslaufen von Studien und Pilotprojekten die Ergebnisse in der weiteren energiepolitischen Planung keine Beachtung finden.

Wie erklärt sich also ein Gesprächstermin in Berlin, zu dem die Spitzen der Bürgerinitiativen-Bündnisse von SuedOstLink, Ultranet und SuedLink nicht eingeladen werden?

Am Bürgerinitiativen-Konvent Anfang des Jahres in Fulda wurde deutlich, dass sich in allen vom Stromleitungsbau betroffenen Regionen und trotz langjähriger Proteste seitens der Bevölkerung, nichts an der mangelhaften Informationspolitik des zuständigen Wirtschaftsministeriums geändert hat. Die mögliche gesundheitliche Belastung durch gigantische Stromleitungen in unmittelbarer Nähe zu Wohngebieten wird sogar gänzlich als Nonsens abgetan und zeigt, wie unsensibel man mit dem Thema seitens der Politik umgeht, sobald wirtschaftliche Interessen gefährdet scheinen.

An Alibiveranstaltungen - wie sie in der Vergangenheit zahlreich und unter erheblichem Aufwand (Urlaubstage und finanzielle Kosten) von Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen wurden - haben wir kein Interesse mehr.

Allerdings begrüßen wir jederzeit ein weiterführendes Gespräch, sobald Sie anerkennen, dass wir weder „Verhinderer“, Störenfriede noch unrealistische „Ökospinner“ sind. Einem lösungsorientierten Dialog werden wir uns weiterhin nicht verschließen. Dabei erwarten wir, dass Sie das Thema Energiewende und Klimaschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachten und nicht dulden, dass der Netzausbau als Gelddruckmaschine für Großkonzerne und Übertragungsnetzbetreiber auf Kosten der Bevölkerung missbraucht wird.

Mit freundlichen Grüßen

der Vorstand des Bundesverbandes der Bürgerinitiativen gegen SuedLink

Guntram Ziepel

Maria Quanz

Veronika Papenhagen-Stannick

Siegfried Lemke